

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 12. Sitzung des Rates

vom: **02.03.2022**

von: **16:00 Uhr**

bis: **19:42 Uhr**

Ort: **Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,
57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal**

Anwesend waren:

Vom Rat:

Bürgermeister Mues, Steffen
Stv Becker, Melanie
Stv Bell, Achim
Stv Bertelmann, Hans-Günter
Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie
Stv Bleckmann, Lisa
Stv Böcking, Verena
Stv Boller, Joachim
Stv Christian, Thomas
Stv Cziba, Ansgar
Stv Dil, Yilmaz
Stv Eberlein, Birgit
Stv Eckhardt, Klaus
Stv Englert, Franz
Stv Grimm, Benjamin
Stv Grisse, Robert
Stv Groß, Michael
Stv Hähner, André
Stv Harnacke, Maik
Stv Heilmann, Martin
Stv Helm, Martin
Stv Heupel, Rüdiger

Vorsitzender

Stv Hof, Felix
Stv Hokkaömeroglu, Emetullah - bis 21.20 Uhr (TOP 2 nöt)
Stv Jung, Angela
Stv Kamieth, Jens
Stv Keßler, Silvia
Stv Klein, Henning
Stv Klein, Marc
Stv Könen, Wolfgang Max
Stv Kraft, Florian
Stv Krumm, Heike
Stv Langer, Günther
Stv Lechthaler, Tim
Stv Lorenz, Reiner
Stv Ludewig, Chiara
Stv Molzberger, Adhemar
Stv Nüchtern, Markus
Stv Patt, Alexander
Stv Pfeifer, Joachim
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth
Stv Reifenrath, Frank
Stv Rompf, Jürgen
Stv Rompf-Selimi, Nazlije
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiltz, Ingmar
Stv Schmidt, Isabelle Cathrin
Stv Schmidt, Lena
Stv Schmidt, Sabrina
Stv Schneider, Silke
Stv Schoew, Torsten
Stv Schulz, Jürgen
Stv Schwarz, Sibylle
Stv Schwarzer, Michael
Stv Shirley, Julia
Stv Six, Annette
Stv Sondermann, Christian Paul
Stv Stahl, Peter H. - bis 21.10 Uhr (TOP 2 nöt)
Stv Steffe, Roland
Stv Steuber, Hartmut
Stv Stinner, Jürgen
Stv Thimm, Heiko
Stv Tigges, Johannes
Stv Wagener, Tanja
Stv Walter, Klaus Volker
Stv Weber, Frank - bis 21.00 (TOP 2 nöt)
Stv Wittenburg, Samuel
Stv Zöller, Klaus

Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil

s. B. Hellwig, Raimund

Von der Verwaltung:

StK Cavelius

StR Fries

StBR Schumann

Dezernent Schmidt

Städt. VD Werthenbach

VA Helmes

VA Dr. Schutz

Städt. VR Runge

Städt. BD Schreiber

VA Schneider

Personalrat

StAR Mürker

Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Köckritz, Anja Alexandra

Stv König, Svenja

Stv Zybill, Dr. Christian

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Der öffentliche Teil wird aus aktuellem Anlass um Punkt 19 ergänzt.

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 22.12.2021

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

12. Rat 02.03.2022

1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 12.01.2022

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

12. Rat 02.03.2022

2. Fragestunde

2.1 Kommunikation leichte Sprache

Vorlage Nr. AF 89/2022

Vorlage Nr. AF 89/2022 A

Die Fragen wurden in der Ergänzungsvorlage beantwortet.

12. Rat 02.03.2022

2.2 Verstöße gegen Corona-Verordnung Anfrage des Stadtverordneten Steffe

Vorlage Nr. AF 90/2022

Vorlage Nr. AF 90/2022 A

Die Fragen wurden in der Ergänzungsvorlage beantwortet.

12. Rat 02.03.2022

3. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Unterstützung der Initiative "Respekt! Kein Platz für Rassismus"

Vorlage Nr. AT 181/2022

Herr Groß verweist in diesem Zusammenhang auf die Mitgliedschaft der Stadt Siegen im Städtebündnis gegen Rassismus, die mit einem 10-Punkte-Katalog verbunden ist. Er bittet diesbezüglich um Informationen zum Umsetzungsstand.

Die FDP-Fraktion hätte es begrüßt, so Herr Schoew, wenn auch der Antisemitismus explizit angeführt worden wäre.

Die Konzentration der Beschilderung an Sportstätten könnte den Rückschluss zulassen, wirft Herr Schwarzer ein, dass besonders dort das Thema Rassismus eine Rolle spielt.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ aktiv zu unterstützen und als sichtbares Zeichen jeweils ein weiteres Schild „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ an allen städtischen Sportstätten anzubringen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung (Stv Steffe)

12. Rat 02.03.2022

3.2 Städteinitiative Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten

Vorlage Nr. AT 177/2022

Ziel des Antrages ist nach Erläuterung von Herrn Heilmann, dass die Kommunen in Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten die Höchstgeschwindigkeit im Straßennetz selbst festlegen können.

Beschluss:

Die Universitätsstadt Siegen schließt sich der Städteinitiative **Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten – eine neue kommunale Initiative für stadtvträglicheren Verkehr** an und vertritt öffentlich dessen Anforderungen und Ziele.

Beratungsergebnis: 48 Stimmen dafür, 18 dagegen (GfS, UWG, FDP, AfD), 2 Enthaltungen

12. Rat 02.03.2022

3.3 Universitätsstadt Siegen - Zero Waste Stadt Siegen - Antrag der Volt- Fraktion

Vorlage Nr. AT 176/2022

Der Antrag wurde bereits vom Fachausschuss an den Arbeitskreis Abfallwirtschaft überwiesen.

12. Rat 02.03.2022

3.4 Resolution zum völkerrechtswidrigen Verhalten Russlands in der Ukraine-Krise - Antrag der Fraktionen CDU und SPD

Vorlage Nr. AT 183/2022

Vorlage Nr. AT 183/2022 A

Beschluss:

Wir sind mit unseren Gedanken und unserer Solidarität bei den notleidenden Menschen in der Ukraine und ihrer Regierung. Dieser Krieg findet zweieinhalb Flugstunden von uns statt – mitten in Europa. Dies ist Putins Kries und er erschüttert unseren Kontinent, unser Land und uns ganz persönlich. Putin hat die zivilisierte Gemeinschaft verlassen.

Der 24. Februar 2022 wird sich in unser kollektives Gedächtnis einbrennen – wie der Fall der Berliner Mauer, die Atomkatastrophe von Tschernobyl und die Terroranschläge vom 11. September 2001.

Unsere Solidarität ist mehr denn je gefragt. Zeigen wir uns solidarisch mit den Menschen in der Ukraine, die für den Frieden demonstrierenden Menschen in Russland und unseren ukrainischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Siegen. Dazu gehört, dass unser Land und unsere Stadt sich auf die Aufnahme von Ukrainerinnen und Ukrainern vorbereiten. Dazu gehört auch, dass Menschen russischer Herkunft nicht in Mithaftung genommen und in unserem Land ausgegrenzt werden.

- Wir stehen für ein menschliches und friedliches Miteinander in Freiheit und Demokratie in Deutschland, Europa und der Welt.
- Wir nehmen als Stadt Siegen aus humanitärer Überzeugung zusätzlich Geflüchtete aus der Ukraine auf.
- Wir möchten die, die praktisch und mit großem Engagement helfen im Rahmen unserer Möglichkeiten auch logistisch unterstützen (Vermittlung von Transportmöglichkeiten, gegebenenfalls Bereitstellung von Transportmöglichkeiten)
- Wir begrüßen die große Spendenbereitschaft für die Menschen in der Ukraine auch in unserer Stadt.
- Auch die Mitglieder im Siegener Rat, die diese Resolution unterstützen, werden sich mit Spenden an den Hilfsaktionen für die Ukraine beteiligen.

Der Rat der Stadt Siegen erwartet von der russischen Föderation

- den sofortigen Rückzug von russischen Truppen aus der Ukraine,
- den uneingeschränkten Schutz von Zivilisten,
- die Souveränität der Ukraine zu respektieren,
- unverzüglich an den Verhandlungstisch zurückzukehren, um den Konflikt friedlich zu lösen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, sich in diesem Sinne an die russische Botschaft zu wenden.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, wenn erforderlich, ukrainische Flüchtlinge gastfreundlich aufzunehmen und für die Dauer ihres Aufenthaltes in jeder Beziehung die nötige Unterstützung zu gewährleisten. Sie wird beauftragt, die notwendigen Vorbereitungen dafür zu treffen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

12. Rat 02.03.2022

4. Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2022

4.1 Haushaltsplanberatung - Haushalt, Stellenplan, Steuern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, UWG, GfS, FDP, Die Linke und Volt

Vorlage Nr. AT 184/2022

Herr Groß erklärt, dass die antragstellenden Fraktionen mit ihrer Initiative zu verschiedenen Themen ein politisches Votum herbeiführen wollen und auf eine Abstimmung über den gesamten Antrag bestehen.

Ergänzt wird der Punkt, dass im Haushalt eingestellte Baumaßnahmen, für die KAG-Gebühren erhoben werden, mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Inhaltlich erläutert er zur Personalsituation in der Wohngeldstelle, dass bereits seit vielen Jahren die Bearbeitungszeiten für die Antragstellenden unzumutbar lang sind. Daher soll eine Mehrstelle eingerichtet werden. Wenn sich das Zeitfenster nach Vorliegen aller Unterlagen auf 6 bis 8 Wochen bis zum Bescheid reduziert hat, kann die Mehrstelle entfallen. Übereinstimmend mit dem Antrag von CDU/SPD ist eine personelle Verstärkung im Bereich Hochbau erforderlich. Auch hier können seit Jahren nur 60-70% der vom Rat beauftragten Maßnahmen umgesetzt werden.

Bezug nehmend auf den Verwaltungsvorschlag zu Mehrstellen im Bereich Klimaschutz ist kritisch anzumerken, dass dies vor einem Jahr von den Grünen beantragt, aber abgelehnt wurde, da zunächst eine Roadmap für den weiteren Prozess als vordringlicher angesehen wurde. In der Konsequenz ist ein Jahr für den Klimaschutz verloren gegangen.

Bürgermeister Mues wirft zum Verfahren ein, dass formal zum Stellenplan ein separater Beschluss erforderlich ist. Daher möchte er zunächst klären, ob eine Abstimmung über den politischen Antrag, der sowohl fachliche als auch stellenplanrelevante Vorschläge enthält, in Gänze möglich ist.

=> *Die Sitzung wird von 16.56 Uhr bis 17.12. Uhr unterbrochen.*

Bürgermeister Mues stellt heraus, dass eine Besonderheit in diesem Jahr darin besteht, nicht nur in der Planung, sondern auch in der Jahresrechnung ein ausgeglichenes Ergebnis vorlegen zu müssen. Für einen genehmigungsfähigen Haushalt muss zumindest eine schwarze Null im Ergebnis stehen. Nach Auffassung der Verwaltung sollte vor diesem Hintergrund aber auch ein Puffer vorgesehen werden, der im Antrag der sechs Fraktionen nicht enthalten ist.

Auf Nachfragen konkretisiert Herr Groß den Abschnitt betreffend die Grund- bzw. Gewerbesteuer dahingehend, dass der Hebesatz für die Grundsteuer B um 60%-Punkte erhöht und auf eine Anhebung der Gewerbesteuer in 2022 verzichtet wird.

Herr Grimm beantragt für die CDU-Fraktion geheime Abstimmung über alle Punkte.

Herr Wittenburg nimmt für die Volt-Fraktion inhaltlich Stellung und erklärt, dass für mehr Bildungsgerechtigkeit die Einrichtung einer Stelle für eine Optimierung des Angebotes in den Schulbibliotheken der Grundschulen als wichtig erachtet wird. Zur Förderung des Radverkehrs sollen die Straßenquerung auf der Haupttrasse von Geisweid nach Eiserfeld durch technische Maßnahmen erleichtert und Angsträume durch entsprechende Beleuchtung beseitigt werden. Für die im Sozialbereich aktiven Vereine werden zusätzliche Gelder zur Verfügung gestellt, da der Aufwand zur Armutsbekämpfung zunimmt. Eine Gegenfinanzierung ist mit der Streichung von Mehrstellen möglich. Der Sperrvermerk für den Ausbau des Kreisel Schleifmühlchen ist erforderlich, da bisher keine umfassenden Informationen über die Planung als solche und die Kosten vorliegen. Auf eine Anhebung der Gewerbesteuer wird verzichtet, um die Unternehmen angesichts der Ukraine-Krise nicht zusätzlich zu belasten. In der Gesamtbetrachtung ist es möglich, auch mit den vorliegenden Änderungsvorschlägen einen ausgeglichenen Haushalt für 2022 aufzustellen.

Herr Schiltz stellt heraus, dass der Haushaltsausgleich nicht nur im Plan, sondern letztlich auch im Ergebnis erreicht werden muss. Dafür ist nach Auffassung der SPD-Fraktion eine solide Planung mit einem Sicherheitspuffer erforderlich. Daher wird vorgeschlagen, die Grundsteuer B um 80%-Punkte anzuheben. Die Erhöhung der Gewerbesteuer dient zwar nicht dem buchhalterischen Ausgleich, wirkt sich aber positiv auf die Höhe der Liquidität aus. Die bereits zum Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen drei Mehrstellen in der technischen Gebäudewirtschaft sollen dazu beitragen, den Investitionsstau abzubauen und dem Ziel des klimaneutralen Gebäudebestandes näher zu kommen. Er betont, dass SPD und CDU-Fraktion gesprächsbereit war und diesbezüglich auch die Initiative ergriffen hatten. Dies war offenbar auf Seiten der sechs Fraktionen nicht der Fall, da die Änderungsvorschläge nicht rechtzeitig zu den Fraktionssitzungen vorgelegt wurden.

Verwaltungsseitig hält Herr Fries zu den vorgeschlagenen Stellenstreichungen, insbesondere im Bürgerbüro und im Bäderbereich, fest, dass damit unmittelbar negative Auswirkungen auf das Dienstleistungsangebot verbunden sind. Die Begründung mit der technischen Entwicklung bzw. dem Wegfall eines Bades wird kurzfristig nicht greifen.

Die FDP-Fraktion hatte zunächst eine Anhebung der Steuern abgelehnt, so Herr Walter. Angesichts des Risikos eines nicht genehmigungsfähigen Haushalts und in der Konsequenz nicht selbstbestimmt agieren zu können hat man sich aber dem Vorschlag angeschlossen.

Die Fraktion Die Linke hält grundsätzlich die Erhebung von Grundsteuern für sozial ungerecht, erklärt Herr Henning Klein, da sie alle Bürgerinnen und Bürger ungeachtet ihrer finanziellen Situation trifft. Man musste jedoch erkennen, dass der Handlungsspielraum keine andere Möglichkeit eröffnet. Wichtig ist es seiner Fraktion daher, die Entscheidung auf das Jahr 2022 zu beschränken und die Hebesätze für 2023 wieder zu überprüfen.

Herr Sondermann beschreibt den Antrag als Ergebnis einer intensiven Auseinandersetzung mit dem gesamten Haushalt mit dem Ziel, einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Nach Auffassung der GfS-Fraktion hat sich speziell die Ablehnung der Beschaffung von Luftfilteranlagen in den Schulen als Fehler erwiesen. Angesichts der hohen Infektionszahlen und der Ungeimpften sowie der zwischenzeitlich fortgeschrittenen technischen

Entwicklung dieser Geräte sollen für die Beschaffung Mittel bereitgestellt werden, um zumindest an den Grundschulen die Beeinträchtigung des Unterrichts zu reduzieren.

Herr Schumann hält fest, dass Haushaltsansätze von den Mitarbeitenden fachlich fundiert und überlegt vorgeschlagen wurden. In den Fachausschüssen wurden diese aber weder diskutiert noch Änderungsvorschläge vorgebracht, was als Desinteresse der Politik an der Verwaltungsarbeit verstanden werden kann. Daher wäre es zu begrüßen, wenn der Fachausschussberatung künftig wieder der ursprüngliche Stellenwert beigemessen würde.

Frau Schreiber nimmt aus fachlicher Sicht Stellung zu den Vorschlägen Schleifmühlchen und Verbesserungen für den Radverkehr. In der bereits terminierten Sitzung BA, VerkA, BezA-Ost und BezA-Mitte am 16.03.2022 werden die Ausführungspläne vorgestellt, Dauer, Zeitplan, Bauphasen und die Auswirkungen für alle Verkehrsteilnehmer werden in dieser Sitzung erläutert.

Der angeführte Ratsbeschluss vom 24.06.2015 wurde von Bündnis 90/Die Grünen auch im letzten Jahr als Argument herangezogen, um das Projekt „Kreisverkehr Schleifmühlchen“ aus dem Haushalt zu streichen. Als Begründung wurde damals angeführt, dass man keinen Erfolg sehe für den Beschluss, für den Bereich Schleifmühlchen punktuell den Verkehrsfluss zu beschleunigen und den Individualverkehr noch stärker auf die HTS zu leiten. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit (18 Stimmen dafür, 50 dagegen) abgelehnt.

Da sich an diesem erneuten Versuch Parteien beteiligt haben die kaum Vorkenntnisse zum Projekt haben, sei daran zu erinnern, dass das Schleifmühlchen seit Jahrzehnten beraten wird und Haushalte mit der Finanzierung beschlossen wurden. Nur deshalb hat die Stadt 2018 eine Fördermittelzusage in Höhe von 60 % erhalten. Fördermittel werden nur für Verbesserungen bewilligt, diese wurden der Politik mit Vorlage Nr. 1953 im Jahr 2013 auch nicht vorenthalten.

Schleifmühlchen war eine signalisierte Unfallhäufungsstelle, die am 01.11.2002 für den Ausbau der Straße „Fludersbach“ als Baustellen-Verkehrsführung umgebaut wurde. Das Provisorium und so genannte „Kminki-Ei“ (nach dem Erfinder Herrn Matthias Kminkowski benannt) wird folglich dieses Jahr 20 Jahre alt und hat sehr gute Dienste geleistet.

Da das Provisorium aber größtenteils aus den über 50 Jahre alten Knotenpunktarmen Frankfurter und Marienborner Straße besteht, muss die Substanz - wie bei jeder anderen stark befahrenen Straße auch - grundhaft erneuert werden. Der bauliche Zustand bringt die Verkehrssicherheit insbesondere für Zweiradfahrer an ihre Grenzen. Selbst punktuelle Unterhaltungsmaßnahmen an diesem verkehrswichtigen eng bemessenen Knotenpunkt unter laufendem Verkehr sind kaum zu verantworten.

Die erneute Argumentation, dass der Verkehrsfluss durch den Neubau nicht beschleunigt und der Individualverkehr nicht stärker auf die HTS geleitet würde ändert nichts an der unabweisbaren grundlegenden Sanierung des Knotenpunktes.

Der Fuß- Radweg von der Straße „An der Unterführung“ zur „Friedrich-Friesen-Str.“ ist überwiegend im Eigentum der DB. Die Zustimmung der Beleuchtung dieses Abschnitts wurde bereits mit der DB vertraglich eingeholt. Die Beauftragung läuft, erfolgt nicht adaptiv - hilft aber gegen Angsträume und wertet den Weg auf.

Die Beleuchtung des Fuß- und Radweges von der „Heeserstr.“ zur Hufeisenbrücke am Hbf hat die Verwaltung in Planung. Da es mittlerweile auch Bedenken (z.B. aus einer Nachbar-

kommune) gibt, sollte eine adaptive Beleuchtung erstmal am Radweg Leimbachtal getestet werden.

Die Prüfung eines Fahrradschnellwegs erfolgt im Kontext mit dem Radverkehrskonzept des Kreises.

Der Vorschlag zu "An der Unterführung" zur "Friedrich-Friesen-Str." entfällt dann nach Aussage von Herrn Wittenburg.

Als Stadtkämmerer nimmt Herr Cavelius Stellung zur Ausgestaltung des Verwaltungsentwurfs und den Änderungsanträgen:

„Grundsätzlich finde ich es ganz toll, dass wir nach **acht Wochen (!)** Haushaltsberatungen und etlichen Fachausschuss-Sitzungen einen Tag vor der Ratssitzung mit Anträgen konfrontiert werden, die Beratungsfolge getreu zunächst in die jeweiligen Fachausschüsse gehört hätten. Gerade die Antragsteller haben in der Vergangenheit mehrfach versprochen, dieses Verfahren einhalten, zumindest aber die Anträge zum HFA stellen zu wollen.

Dies belegend findet heute der 21. Termin statt, den ich im Rahmen der HH-Beratungen wahrnehme. Ich habe dabei versucht, Ihnen zu vermitteln, dass dieser HH seriös nicht ausgeglichen werden kann, obwohl wir eine entsprechende rechtliche Verpflichtung haben.

Ein befreundeter Stadtverordneter, ja auch die gibt es, hat mir gesagt, er könne mich gern mal vertreten, so oft habe er meine eindringlichen Hinweise gehört.

Nunmehr aber muss ich konstatieren: entweder Sie können oder Sie wollen mich nicht verstehen!

Ich wiederhole es noch einmal: dieser Haushalt ist seriös nicht auszugleichen!

Es bedarf dazu vielmehr einer Corona-Isolierung (8,8 Mio. €), einer Rückstellung bei der Kreisumlage (3,7 Mio. €) **und** der ultima ratio nämlich einer Erhöhung der Grundsteuer B um **nur** 80-%-Punkte.

Ohne die beiden erst genannten Sondereffekte hätte der Hebesatz um weitere (234 (CS) + 100 (KU) =) 334-%-Punkte auf 939 v.H. steigen müssen, um das Konsolidierungsziel zu erreichen.

Wie bereits ausgeführt, habe ich der Politik versucht zu erläutern, wie ein Haushalt zustande kommt.

Die Ansätze werden ja nicht ausgewürfelt, sondern da stecken vielmehr fundierte Erkenntnisse und Überlegungen (Expertise aus den Fachabteilungen, Kenntnisse in den Prozessabläufen, Erfahrungswerte, Rechnungsergebnisse) dahinter. Insofern finde ich es schon etwas vermessen, wenn die Politik den Anspruch erhebt, Ertrags- und Aufwandserwartungen besser einschätzen zu können als die Fachverwaltungen. Die Intention zur Einführung des NKF bestätigt diese meine Auffassung.

Die Ansätze für die Bußgelder zu erhöhen, ist genauso seriös wie darauf zu vertrauen, dass die Besucherzahlen in den Schwimmbädern aufgrund eines schönen Sommers steigen werden, oder wir weniger Streusalz benötigen, weil der Winter mild ausfallen wird.

Die deutlichen Anhebungen im Bußgeldkatalog zum 01.11.2021 werden sicherlich auch erzieherische Effekte nach sich ziehen. Dazu folgendes nacktes Zahlenmaterial:

- (vorl.) Ergebnis 2021: in Summe rd. 1,24 Mio. € bei einem Ansatz von 1,5 Mio. €
- Im Entwurf HH 2022 Ansatzserhöhungen auf 1,98 Mio. €

Eine weitere Anhebung um 220 T€ erscheint daher nicht realistisch, zumal ja auch mit etwaigen Mehrerträgen die zusätzlichen Stellen beim Kommunalen Ordnungsdienst refinanziert werden sollen.

Eine Erhöhung der Gebühr für die Anwohnerparkplätze (zumindest für die Bestandskunden) scheidet nach dem 30.06. (neue Satzung bis dahin in Kraft?) aus.

Die Kommunalaufsicht wird selbst bei einem Plus (wie in der Verwaltungsvorlage) von gerade einmal 470 T€ (entspricht weniger als 1,5 % vom Gesamtvolumen) den Haushalt sehr kritisch würdigen. Weisen wir doch Rekordneuverschuldungen aus, die Investitionen verursachen zum Teil hohe Folgekosten und Abschreibungen. Und Mehrstellen verursachen nicht nur Personalaufwand; schließlich wollen die entsprechenden Arbeitsplätze (Sachaufwand, Miete) auch ausgestattet sein. Im Hinblick auf

die Ergebnisse in der Finanzplanung sehe ich ob der mehrfach beschriebenen Risiken – nur ein Stichwort: Energiekosten - Probleme bei der HH-Genehmigung.

Im Rahmen der HH-Bewirtschaftung müssen wir schon jetzt peinlichst genau auf die Einhaltung der Budgets achten, da letztlich auch die Rechnung 2022 ausgeglichen werden muss. Wir haben schlicht und ergreifend keinerlei Puffer, um nicht die Metapher „auf Kante genäht“ bemühen zu müssen. Dies bedeutet die Verhängung von HH-Sperren und damit eine Verzögerung von Maßnahmen und Projekten.

Insbesondere müssen aber auch alle freiwilligen Leistungen (rd. 3,5 Mio. €) zunächst auf Eis gelegt werden. Kommt sicherlich gut in Zeiten von Corona!

Der Verzicht auf eine weitere Anhebung der Grundsteuer B um 20-%-Punkte bedeutet in 2022 Mindererträge von 750 T€. Bei einem aktuellen Plus von 470 T€ würde ein Defizit von rd. 280 T€ entstehen. Der Haushalt wäre damit materiell nicht mehr genehmigungsfähig.

Ich fordere Sie daher auf, Ihren Widerstand gegen eine Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B um weitere 20 auf dann 80-%-Punkte zum 01.01.2022 aufzugeben. Die so erreichte nachhaltige Ertragssteigerung ist mit Hinblick auf das Erreichen des Konsolidierungsziels „Haushaltsausgleich 2022“ unverzichtbar.

Dieses letztmögliche Jahr des Haushaltsausgleichs ist unbedingt einzuhalten, um nicht „in den Nothaushalt abzurutschen“, verbunden mit dem Verlust der eigenständigen Gestaltungsmöglichkeiten zur Weiterentwicklung der Stadt Siegen.

Aber auch dieses worst-case-Szenario wurde ebenso vielfach beschrieben.“

Herr Bertelmann erklärt, angesichts der sehr unterschiedlichen Grundaussrichtungen der sechs antragstellenden Fraktionen, die jedoch einen gemeinsamen Vorschlag vorlegen wollten, war es nicht möglich, diesen frühzeitig einzureichen. Für die UWG-Fraktion war auch eine vorherige Abstimmung in der Fraktion wichtig. So ist es nicht die Absicht der UWG-Fraktion, die Maßnahme Schleifmühlchen aufzuhalten oder in Abrede zu stellen. Der Sperrvermerk soll vielmehr verhindern, dass bereitgestellte Mittel, wie in andern Fällen in der Vergangenheit geschehen, für andere Vorhaben eingesetzt werden. Zur Einnahmedifferenz bei der Grundsteuer B sind Vorschläge gemacht worden, wie diese anders dargestellt bzw. wo Einsparungen gegengerechnet werden können. Die Erläuterungen sind seines Erachtens schlüssig und nachvollziehbar. Daher kann er die Verweigerungshaltung von CDU und SPD nicht nachvollziehen.

Für die CDU-Fraktion führt Herr Marc Klein aus, dass Steuererhöhungen generell nicht begrüßt werden, angesichts der besonderen Erfordernisse zum Haushaltsausgleich in diesem Jahr aber als unumgänglich angesehen werden. Für die Bürgerinnen und Bürgern ist der Mehraufwand auf's Jahr gerechnet vertretbar. Zu bedenken ist aber, dass auch für die Verwaltung und die gesamte öffentliche Infrastruktur die steigenden Kosten aufzubringen sind. Die weitere Entwicklung ist angesichts der aktuellen politischen Situation in Osteuropa gänzlich unkalkulierbar. Vor diesem Hintergrund ist eine solide mit Puffer versehene Veranschlagung vorzunehmen, um ein Abrutschen in den Nothaushalt zu verhindern.

Herr Groß nimmt Bezug auf die Ausführungen auf Verwaltungsseite und kritisiert das Verhalten gegenüber der Kommunalpolitik. Wiederholt würden Vorschläge der Politik als nicht realistisch abgetan und nur so argumentiert, dass die eigenen Projekte letztlich eine Mehrheit finden. Er stehe voll inhaltlich zu dem Antrag der 6 Fraktionen. Wenn der Bürgermeister die Behauptung aufstelle, dass der Haushalt damit nicht genehmigungsfähig sei, hat er keine Zweifel, dass dies auch möglich gemacht würde gegenüber demjenigen, der es zu genehmigen hat.

Bürgermeister Mues weist diese Vorwürfe als unglaublich zurück. Es liege im ureigensten Interesse der Verwaltung, einen insgesamt genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen. Vor diesem Hintergrund werden auch die Anhebung der Grundsteuer und ein Puffer vorgeschlagen. Eine inhaltliche Betrachtung der einzelnen Änderungsvorschläge und deren mögliche Folgen ist gleichermaßen Aufgabe der Verwaltung, die Bewertung und Abwägung obliegt dann der Politik.

Nach Abschluss der Aussprache stehen zunächst zur Abstimmung:

1. Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, UWG, GfS, FDP, Die Linke und Volt
2. Stellenplan
3. Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B um 60%-Punkte (Satzungsbeschluss)

Beschluss:

Die einzelnen in AT 184/2022 aufgeführten Maßnahmen sind unter den Unterziffern 4.1.1 bis 4.1.19 aufgelistet. Die Abstimmung erfolgt geheim über den Gesamtvorschlag.

Beratungsergebnis: in geheimer Abstimmung: 34 Stimmen dafür, 33 dagegen, 1 Enthaltung)

12. Rat 02.03.2022

4.1.1 Einbau von Luftfilteranlagen an Grundschulen

Beschluss

Für den Einbau von Luftfilteranlagen an Grundschulen werden 300.000 Euro bereitgestellt, davon je 150.000 Euro in 2022 und 2023.

12. Rat 02.03.2022

4.1.2 Baumaßnahme Oranienstraße

Beschluss

Die Baumaßnahme Oranienstraße (500.000 Euro) wird verschoben und frühestens 2023 realisiert.

12. Rat 02.03.2022

4.1.3 Anwohnerparkausweise

Beschluss

Die Gebühren für die Ausstellung von Anwohnerparkausweisen werden zunächst auf 30 Euro/Jahr festgelegt. Darüber hinaus beauftragt der Rat die Verwaltung, bis zur Sommerpause einen Vorschlag für eine Modifikation der Parkausweisregelungen nach dem Tübinger Modell verbunden mit Erleichterungen für Elektro-PKW, zu entwickeln und dem Fachausschuss vorzulegen.

12. Rat 02.03.2022

4.1.4 Sperrvermerk bei der Veranschlagung des Projekts " Kreisverkehr Schleifmühlchen"

Beschluss

Die Veranschlagung des Projekts „ Kreisverkehr Schleifmühlchen“ wird mit einem Sperrvermerk versehen.

Die bisher vorhandenen Pläne werden in den zuständigen Ausschüssen und im Rat vorgestellt. Bei der Berichterstattung sind insbesondere die Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 24.06.2015, aber auch die Dauer und der Zeitplan der Bauphase und die dadurch entstehenden Beeinträchtigungen für alle Verkehrsteilnehmenden sowie die bisher entstandenen enormen Kostensteigerungen zu erläutern.

12. Rat 02.03.2022

4.1.5 Adaptive Beleuchtung von Fuß- und Radwegen

Beschluss

Der Fuß- und Radweg von der Heeserstraße zur Hufeisenbrücke am Hauptbahnhof wird mit einer Beleuchtung versehen.

12. Rat 02.03.2022

4.1.6 Einrichtung von Schutzstreifen für Fahrradfahrende

Beschluss

Einrichtung eines Schutzstreifens für Fahrradfahrende auf der Straße „Im Tiergarten“ bis zum Evangelischen Gymnasium.

12. Rat 02.03.2022

4.1.7 Prüfung und Errichtung eines Fahrradschnellwegs unter der HTS**Beschluss**

Prüfung eines Fahrradschnellwegs unter der HTS durch vorangestellte Countdown-Ampeln (Querungen Tiergartenstraße, Weidenauer Straße auf Höhe HTS-Auffahrt Geisweid, Achenbacher Straße/Friedrich-Friesen-Straße).

12. Rat 02.03.2022**4.1.8 Erhöhung des Ansatzes für Bußgelder Ruhender Verkehr und Mobile Überwachung****Beschluss**

Aufgrund der neuen gesetzlichen Regelungen werden im Produkt 02.04.03 - Verkehrsüberwachung die Ansätze für Bußgelder Ruhender Verkehr (Nr. 4561010) auf 1.400.000 Euro und für Bußgelder Mobile Überwachung (Nr. 4561015) auf 800.000 Euro erhöht.

12. Rat 02.03.2022**4.1.9 Eingangstore an Stadteinfahrten****Beschluss**

Zur Reduzierung der Eingangsgeschwindigkeit in ländlich strukturierten Ortsteilen wird ein Eingangstor pro Jahr gemäß Ratsbeschluss aus 2014 umgesetzt.

12. Rat 02.03.2022**4.1.10 Erhöhung des Ansatzes im Produkt 10.01.01 - Wohnraumförderung und –sicherung, Zuschüsse****Beschluss**

Die Haushaltsstelle 5318000 zum Produkt 10.01.01 wird von 120.000 Euro auf 140.000 Euro erhöht.

12. Rat 02.03.2022**4.1.11 Sperrvermerk für Maßnahmen mit KAG-Beiträgen****Beschluss**

Die für das Haushaltsjahr 2022 eingestellten Planungs- und Baukosten für Straßen, die nach dem KAG abgerechnet werden können, werden mit einem Sperrvermerk versehen.

12. Rat 02.03.2022

4.1.12 Drei zusätzliche Stellen für den Bereich Technische Gebäudewirtschaft**Beschluss**

Es werden drei zusätzliche Stellen für den Bereich der Bauverwaltung (Bauingenieurinnen und Bauingenieure / Technikerinnen und Techniker eingerichtet.

12. Rat 02.03.2022

4.1.13 Befristete zusätzliche Stelle Sachbearbeitung Wohngeld**Beschluss**

Es wird eine zusätzliche Stelle für den Bereich Wohngeldstelle zunächst befristet für 3 Jahre eingerichtet.

12. Rat 02.03.2022

4.1.14 Zusätzliche Stelle Schulbibliotheken Grundschulen**Beschluss**

Einrichtung einer neuen Stelle: Schulbibliothekarische Arbeitsstelle für die Siegener Grundschulen.

12. Rat 02.03.2022

4.1.15 Streichung Mehrstelle M+Ö**Beschluss**

Auf die im Stellenplan aufgeführte Mehrstelle M+Ö wird verzichtet.

12. Rat 02.03.2022

4.1.16 Streichung Mehrstelle Bürgerbüro**Beschluss**

Streichung einer zusätzlichen Stelle im Geschäftsbereich 2 Bürgerbüro.

12. Rat 02.03.2022

4.1.17 Umwandlung Mehrstellen Ordnung und Sicherheit**Beschluss**

Von den zusätzlichen Stellen Ordnung und Sicherheit werden drei Stellen umgewandelt in geförderte Stellen nach § 16 i SGB II.

12. Rat 02.03.2022

4.1.18 Streichung Mehrstelle Bäderverwaltung**Beschluss**

Streichung einer zusätzlichen Stelle im Geschäftsbereich 2 Bäderverwaltung.

12. Rat 02.03.2022

4.1.19 Hebesätze Grundsteuer B und Gewerbesteuer**Beschluss**

Anhebung der Grundsteuer B gemäß dem ersten Verwaltungsvorschlag und Verzicht auf die Anhebung der Gewerbesteuer für das Kalenderjahr 2022.

12. Rat 02.03.2022

**4.2 Haushaltsentwurf 2022 - Stellenplan
Antrag der Fraktionen CDU und SPD**

Vorlage Nr. AT 180/2022

Entfällt durch die Beschlussfassung unter Ziffer 4.1.12.

12. Rat 02.03.2022

**4.3 Haushaltsentwurf 2022 - Gewerbesteuer
Antrag der Fraktionen CDU und SPD**

Vorlage Nr. AT 179/2022

Entfällt aufgrund der Beschlussfassung unter Ziffer 4.1.19.

12. Rat 02.03.2022

4.4 Stellenplan 2022 der Stadtverwaltung - Ergänzungsvorlage -

Vorlage Nr. VL 672/2022 A

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Verwaltungsentwurf mit

- der Stellenübersicht für den Stellenplan 2022 einschließlich Ausbildungsstellenplan und
- den Anlagen I bis IV (Einsparstellen, Mehrstellen, NN-Stellen, Stellenumwandlungen und Stellenumwandlungen für Leitungskräfte).

Beratungsergebnis: in geheimer Abstimmung: 32 Stimmen dafür, 34 dagegen, 1 Enthaltung (1 ungültig)

12. Rat 02.03.2022

4.5 6. Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Grundsteuern vom 16.02.1999 hier: Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B ab dem 01.01.2022

Vorlage Nr. VL 809/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die 6. Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Grundsteuern vom 16. Februar 1999 gemäß Anlage 1 zu dieser Vorlage, **mit der Änderung**, dass der Hebesatz für die Grundsteuer B (für die Grundstücke) ab dem 01.01.2022 von 525 v. H. **um 60 %-Punkte** auf 585 v. H. angehoben wird.

Beratungsergebnis: in geheimer Abstimmung: 35 Stimmen dafür, 33 dagegen, 0 Enthaltungen

12. Rat 02.03.2022

4.6 Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2022 und Haushaltssicherungskonzept 2022 hier: Änderungen gegenüber Entwurfssfassung von 12/2021 (Vorlage Nr. 689/2021)

Vorlage Nr. VL 797/2022

Herr Cavelius erläutert, dass der Gesamthaushalt auch ohne Stellenplan verabschiedet werden kann, da letzterer keine Ermächtigung für Auszahlungen darstellt.

=> *Die Sitzung wird auf Vorschlag der SPD-Fraktion zur Fraktionsberatung unterbrochen - 18.53 Uhr bis 19.19 Uhr.*

Bürgermeister Mues fasst die Beratung zusammen. Es sollte die Chance genutzt werden, durch eigene Entscheidungen und eigenes Handeln den geforderten Haushaltsausgleich zu erreichen. Wenn der Haushalt in Gestalt des Antrages der 6 Fraktionen und ohne formell beschlossenen Stellenplanteil beschlossen würde, wäre er nicht genehmigungsfähig. Daher wird vorgeschlagen, die Beschlussfassung über den Gesamthaushalt bis zur nächsten Sitzung am 06.04.2022 zu verschieben. Eine Genehmigung ist ohne Stellenplan ohnehin nicht möglich.

Die Beschlussfassung über den Gesamthaushalt wird auf die Sitzung des Rates am 06.04.2022 verschoben.

12. Rat 02.03.2022

5. Fortsetzung des Zentrenbudgets für die Geschäftszentren im Stadtgebiet Siegen 2022

Vorlage Nr. VL 772/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Fortsetzung des Zentrenbudgets in Höhe von 30.000,00 Euro zur Aktivierung privater Initiativen zwecks Steigerung der Attraktivität und Vielfalt in den Geschäftszentren im Stadtgebiet Siegen im Jahr 2022 und die Anpassung der Förderrichtlinie mit folgender Änderung unter Punkt „3. Art und Umfang der Mittel“. Der zweite Satz wird wie folgt formuliert: „Der maximale Zuschuss je Antrag wird auf 5.000,00 Euro netto begrenzt.“

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

12. Rat 02.03.2022

6. Erlass von Ordnungsbehördlichen Verordnungen über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

Vorlage Nr. VL 641/2021

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt den Erlass der der Vorlage beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnungen über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen anlässlich des Stadtfestes Siegen am 28.08.2022 (Anlage 1) und des Bürgerfestes Geisweid am 09.10.2022 (Anlage 2).

Beratungsergebnis: 39 Stimmen dafür, 27 dagegen, 2 Enthaltung(en)

12. Rat 02.03.2022

7. Satzung über die Teilnahmebestimmungen und Erhebung von Marktstandsgebühren für die Wochenmärkte in der Universitätsstadt Siegen (Ordnungsziffer 32.020)

Vorlage Nr. VL 703/2021

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die überarbeitete Satzung über die Teilnahmebestimmungen und Erhebung von Marktstandsgebühren für die Wochenmärkte.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

12. Rat 02.03.2022

8. Ordnungsbehördliche Verordnung über die Gegenstände des Wochenmarktverkehrs in der Universitätsstadt Siegen (Ordnungsziffer 32.021)

Vorlage Nr. VL 704/2021

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die überarbeitete Ordnungsbehördliche Verordnung über die Gegenstände des Wochenmarktverkehrs.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

12. Rat 02.03.2022

9. Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Wochenmärkten in der Universitätsstadt Siegen - Marktverordnung - (Ordnungsziffer 32.022)

Vorlage Nr. VL 705/2021

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die überarbeitete Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Wochenmärkten (Marktverordnung).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

12. Rat 02.03.2022

10. Auslobung des Siegener Heimat-Preis 2022

Vorlage Nr. VL 718/2022

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Auslobung des Heimat-Preis 2022 und legt die in der Vorlage dargestellten Preiskriterien fest.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

12. Rat 02.03.2022

11. Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen des 3. und 4. Quartals 2021

Vorlage Nr. VL 780/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen des 3. und 4. Quartals des Haushaltsjahres 2021 zur Kenntnis.

12. Rat 02.03.2022

12. Gesamtstädtisches Einzelhandelsentwicklungskonzept (EHEK)

hier:

Beschluss als städtebauliches Entwicklungskonzept nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch

Auf § 31 GO NW wird hingewiesen.

Vorlage Nr. VL 752/2022

Die FDP-Fraktion lehnt das Konzept ab, erklärt Herr Nüchtern, da es insbesondere für den Bereich Geisweid als nicht schlüssig angesehen wird.

Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist der Meinung, dass die Erweiterung des Nahversorgungsstandortes Geisweid keinen Mehrwert für den Stadtteil erkennen lässt. Kritisch gesehen wird zudem die Umwandlung der Gewerbefläche auf dem Heidenberg in Einzelhandelsnutzung, teilt Herr Schulz mit.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt das vorliegende Einzelhandelsentwicklungskonzepts als städtebauliches Entwicklungskonzept nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch und bestätigt die Abwägungsvorschläge der Verwaltung zu den aus der Beteiligung hervorgegangenen Stellungnahmen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (einige Gegenstimmen und Enthaltungen nicht ausgezählt)

12. Rat 02.03.2022

- 13. Bebauungsplan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" und 106. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Siegen-Mitte**
hier:
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
 - Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 457 "PV- Anlage Rothenberg" und der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP)
 - Beschluss der Entwürfe und der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 457 und der 106. FNP-Änderung samt Begründungen

Vorlage Nr. VL 724/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" und die damit verbundene 106. Änderung des FNPs im Stadtteil Siegen-Mitte gemäß § 2 Abs. 1 BauGB;
- den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 457 und der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) samt Begründungen;
- die öffentliche Auslegung der Entwürfe gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 4 Enthaltung(en)

12. Rat 02.03.2022

14. Finanzierung der Ferienbetreuung an den städtischen Grundschulen ab dem Schuljahr 2021/2022

Vorlage Nr. VL 708/2021

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen gewährt den Maßnahmeträgern an den städtischen Grundschulen zur Finanzierung der Ferienbetreuung ab dem Schuljahr 2021/2022 eine Förderung pro Kind und Tag gemäß den Handlungsempfehlungen dieser Vorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**12. Rat 02.03.2022****15. Errichtung eines Teilstandorts des Weiterbildungskollegs der Stadt Siegen**

Vorlage Nr. VL 713/2022

Beschluss:

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Errichtung eines Teilstandortes des Weiterbildungskollegs der Stadt Siegen, Schulnummer 164094, am Standort Kurfürst-Heinrich-Straße 34, 57462 Olpe (derzeit Weiterbildungskolleg des Kreises Olpe) zum Schuljahr 2022/2023 (01.08.2022).
2. Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass das Weiterbildungskolleg des Kreises Olpe, Schulnummer 195583, zum 31.07.2022 aufgelöst wird.
3. Nähere Einzelheiten werden im Wege einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Universitätsstadt Siegen und dem Kreis Olpe geregelt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**12. Rat 02.03.2022****16. Duschcontainer für das Flutgebiet Ahrtal**

Vorlage Nr. VL 793/2022

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen stimmt der Zurverfügungstellung eines Duschcontainers im Flutgebiet Ahrtal – nach jetzigem Stand am Aufstellungsort Innovationspark Rheinland, Ahrtalstraße 5, 53501 Grafschaft – zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**12. Rat 02.03.2022**

17. Nachbesetzung in Ausschüssen, Arbeitskreisen und anderen Gremien

Vorlage Nr. VL 778/2022

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt / benennt

1. in den Jugendhilfeausschuss

zur Vertretung der Schulaufsicht Frau Elisabeth Richter als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied

2. in den Ausschuss für Schule und Bildung

Herrn Dr. Reiner Berg als ordentliches beratendes und Herrn Sven Berghäuser als stellvertretendes beratendes Mitglied als Schulformvertreter der Gymnasien

3. in den Bezirksausschuss III – Siegen-Ost

Herrn Alexander Schmitz (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

4. in den Arbeitskreis Rad- und Fußverkehr

Herrn Jannik Krüger (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

5. zur Vertretung in der Delegiertenversammlung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas

Herrn Nikolai Edinger (s. B.)

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

12. Rat 02.03.2022

18. Anzeige nach § 17 des Gesetzes zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-Westfalen (Korruptionsbekämpfungsgesetz)

Vorlage Nr. VL 788/2022

1. stellv. BM Frau Jung übernimmt die Sitzungsleitung, Bürgermeister Mues verlässt den Sitzungsraum

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den aktualisierten Stand der Mitgliedschaften und die Aufstellung über die Nebeneinkünfte des Bürgermeisters im Kalenderjahr 2021 zur Kenntnis.

12. Rat 02.03.2022

19. Beschaffung Erdgas für das Lieferjahr 2023

Vorlage Nr. VL 838/2022

Herr Schumann erläutert umfassend den Sachverhalt und beantwortet Fragen.

Beschluss:

Der Rat beschließt – in Abänderung der Beschlussfassung vom 22.12.2021 – die Beschaffung von herkömmlichem Erdgas für das Lieferjahr 2023.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

12. Rat 02.03.2022

gez.
Bürgermeister

gez.
Schriftführerin